

---

Gudrun Witter

Telefon: 03681 354261; e-mail: Gudrun.Witter@statistik.thueringen.de

## Gemeindefinanzen in Thüringen 2005

*Die Thüringer Städte und Gemeinden sowie die Landkreise und Verwaltungsgemeinschaften hatten im Jahr 2005 Ausgaben in Höhe von insgesamt 4 068 Mill. Euro. Diesen standen Einnahmen von 4 294 Mill. Euro gegenüber.*

*Aus dem Saldo zwischen Ausgaben und Einnahmen errechnete sich in der finanzstatistischen Abgrenzung im Jahr 2005 ein Finanzierungsüberschuss von 226 Mill. Euro.*

*Die Tilgungsraten der Kommunen an den Kreditmarkt lagen mit insgesamt 324 Mill. Euro um 81 Mill. Euro über der Neuaufnahme von Krediten. Der Schuldenstand nach der jährlichen Schuldenstatistik betrug am Ende des Jahres 2 823 Mill. Euro und entsprach damit einer Pro-Kopf-Verschuldung von 1 204 Euro.*

### Vorbemerkungen

Mit den nachfolgenden Ausführungen soll ein Überblick über das Ergebnis der Kommunalhaushalte im Jahr 2005 gegeben werden.

Basis dafür bilden die Daten der vierteljährlichen Kassenstatistik sowie der jährlichen Schuldenstatistik, die einen zeitnahen Überblick über die Entwicklung der kommunalen Finanzen vermitteln und eine wichtige Grundlage für wirtschafts- und finanzpolitische Entscheidungen bilden.

Im Mittelpunkt stehen die wesentlichen Ausgabe- und Einnahmepositionen der Kommunalhaushalte sowie die Schuldenbewegungen am Kreditmarkt und der aktuelle Schuldenstand.

Die finanzstatistischen Daten werden nach der kommunalen Haushaltssystematik erfasst und aufbereitet.

Zum Berichtskreis gehören alle Städte und Gemeinden sowie die Gemeindeverbände (Verwaltungsgemeinschaften und Landkreisverwaltungen) des Landes. Grundlage für die Berechnungen je Einwohner bilden die amtlichen Bevölkerungszahlen am 30.6. des jeweiligen Jahres.

### Entwicklung der Ausgaben und Einnahmen

Die Gemeinden und Gemeindeverbände hatten im Jahr 2005 **Ausgaben** in Höhe von 4 068 Mill. Euro, das waren 1 735 Euro je Einwohner. Gegenüber dem Vorjahr bedeutet das einen Ausgabenanstieg um 28 Mill. Euro oder 0,7 Prozent, der bei rückläufigen Personal- und Investitionsausgaben vor allem auf wesentlich höhere Ausgaben für soziale Leistungen, vorrangig bedingt durch die Einführung von Hartz IV, zurückzuführen ist.

Im gleichen Zeitraum erhöhten sich auch die kommunalen **Einnahmen**. Sie stiegen um 110 Mill. Euro oder 2,6 Prozent auf 4 294 Mill. Euro (1 831 Euro je Einwohner).

Neben gestiegenen Steuereinnahmen führten u. a. höhere Landeszuweisungen, die die Kommunen zur Finanzierung der ihnen obliegenden Aufgaben, darunter auch der sozialen Leistungen erhielten, zur Erhöhung ihrer Einnahmen.

Als Differenz zwischen Ausgaben und Einnahmen errechnete sich ein positiver Finanzierungssaldo von 226 Mill. Euro.

**Tabelle 1: Gesamteinnahmen und Gesamtausgaben der Gemeinden/Gemeindeverbände<sup>1)</sup>**

Jahr	Gesamteinnahmen	Gesamtausgaben	Finanzierungssaldo (Defizit -, Überschuss +)	
	Mill. Euro		Euro/Einwohner	
2003	3 972	3 982	- 9	- 4
2004	4 183	4 040	+ 143	+ 61
2005	4 294	4 068	+ 226	+ 96

1) ohne haushaltstechnische Verrechnungen, ohne besondere Finanzierungsvorgänge und bereinigt um Zahlungen von gleicher Ebene

Auf der Ausgabenseite der Kommunalhaushalte bilden die **Personalausgaben** einen gewichtigen Einzelposten. Sie lagen im Jahr 2005 bei 1 115 Mill. Euro

oder 475 Euro je Einwohner. Im Vergleich zum Vorjahr ist hier ein Rückgang um 3,4 Prozent bzw. 39 Mill. Euro festzustellen.

Mögliche Gründe für diese Entwicklung sind auslaufende Maßnahmen im Rahmen des Arbeitsförderungsreformgesetzes, die Nutzung von Teilzeitmodellen sowie ein weiterer Personalabbau in den kommunalen Haushalten.

Gemessen an den Gesamtausgaben lag der Anteil der Personalausgaben mit 27 Prozent um einen Prozentpunkt unter dem Vorjahreswert.

**Tabelle 2: Entwicklung der Beschäftigten und der Personalausgaben in den Kernhaushalten der Gemeinden/Gemeindeverbände**

Merkmal		2003	2004	2005
<b>Beschäftigte</b>	<b>Anzahl</b>	<b>35 387</b>	<b>33 849</b>	<b>31 621</b>
Veränderung gegenüber dem Vorjahr	%	- 9,7	- 4,3	- 6,6
<b>Personalausgaben</b>	<b>Mill. Euro</b>	<b>1 179,8</b>	<b>1 153,6</b>	<b>1 114,8</b>
Veränderung gegenüber dem Vorjahr	%	- 3,0	- 2,2	- 3,4

Die Personalausgabenbelastung der einzelnen Körperschaftsgruppen stellte sich wie folgt dar.

Aufgrund ihrer zentralörtlichen Funktion hatten die kreisfreien Städte 25 Prozent ihres Ausgabenvolumens für Löhne und Gehälter aufzuwenden. In den kreisangehörigen Gemeinden (einschließlich Verwaltungsgemeinschaften) sowie den Landkreisverwaltungen lag die Personalausgabenquote jeweils bei 28 Prozent. Gegenüber dem Vorjahr war das bei den kreisfreien Städten ein Rückgang um 2 Prozentpunkte. Bei den kreisangehörigen Gemeinden und Verwaltungsgemeinschaften blieb die Quote unverändert und in den Landkreisverwaltungen war ein Rückgang um 4 Prozentpunkte festzustellen.

Im Vergleich der neuen Bundesländer hatten die Thüringer Gemeinden und Gemeindeverbände bei den Personalausgaben je Einwohner mit 475 Euro nach Sachsen (464 Euro) die zweitniedrigsten Kosten. Sie lagen um 42 Euro unter dem Durchschnitt der neuen Bundesländer und um 62 Euro unter dem Niveau der Länder des früheren Bundesgebietes.

**Tabelle 3: Personalausgaben je Einwohner**

Personalausgaben in Euro je Einwohner	
Sachsen	464
<b>Thüringen</b>	<b>475</b>
Mecklenburg-Vorpommern	502
Brandenburg	576
Sachsen-Anhalt	599
neue Bundesländer	517
früheres Bundesgebiet	537

Tabelle 4 gibt einen Überblick über die Personalausgaben je Einwohner nach Gebietskörperschaftsgruppen in den Jahren 2003 bis 2005.

Hier kann festgestellt werden, dass mit Ausnahme der Landkreisverwaltungen im Vergleich zum Vorjahr in den übrigen Gebietskörperschaftsgruppen niedrigere Personalausgaben zu verzeichnen waren, mit Schwerpunkt in den kreisfreien Städten.

Neben den Personalausgaben nimmt der **laufende Sachaufwand** im Verwaltungshaushalt der Kommunen eine wichtige Stelle ein. Hierzu zählen u.a. der

**Tabelle 4:** Personalausgaben in Euro je Einwohner nach Gebietskörperschaftsgruppen

Gebietskörperschaftsgruppen	2003	2004	2005	Veränderung 2005 zu 2004 in %
Kreisfreie Städte	539	517	495	- 4,3
Kreisangehörige Gemeinden (einschließlich Verwaltungsgemeinschaften)	295	292	280	- 4,1
Landkreise	186	186	190	+ 2,2
Gemeinden und Gemeindeverbände	495	488	475	- 2,7

gesamte sächliche Verwaltungs- und Betriebsaufwand, wie Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen, Geräte und Ausrüstungsgegenstände, Ausgaben für Mieten und Pachten, Haltung von Fahrzeugen, Schülerbeförderungskosten, Geschäftsausgaben usw.

Im Jahr 2005 mussten die Kommunen dafür insgesamt 737 Mill. Euro aufbringen, im Jahr zuvor waren es 749 Mill. Euro.

Für **soziale Leistungen**, wie Sozialhilfeleistungen, Leistungen der Jugendhilfe, Leistungen der Grundversicherung im Alter und bei Erwerbsminderung, Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz sowie erstmals Zahlungen im Rahmen von Hartz IV wurden im Jahr 2005 durch die Gemeinden und Gemeindeverbände 959 Mill. Euro ausgegeben.

Gegenüber dem Vorjahr bedeutet das einen Anstieg um 35,2 Prozent bzw. 250 Mill. Euro.

Aufgrund der Einführung des ALG II im Jahr 2005 war bei den Landkreisen und kreisfreien Städten als Träger der Sozialhilfe ein Rückgang bei den Sozialhilfeausgaben um 174 Mill. Euro auf insgesamt 359 Mill. Euro zu verzeichnen.

Die Ausgaben für Leistungen der Jugendhilfe lagen mit 105 Mill. Euro 1 Mill. Euro unter dem Vorjahresniveau.

Die Leistungen nach dem Gesetz über eine bedarfsgerechte Grundversicherung im Alter und bei Erwerbsminderung stiegen gegenüber dem Jahr zuvor um 12 Mill. Euro und erreichten damit ein Volumen von 36 Mill. Euro.

Für Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz wurden mit insgesamt 24 Mill. Euro 1 Mill. Euro weniger gezahlt als im Vorjahr.

Maßgeblich beeinflusst wurde die Entwicklung der Ausgaben für soziale Leistungen durch die Zahlungen der kreisfreien Städte und Landkreise in Form von Leistungsbeteiligungen zum ALG II an die Arbeitsgemeinschaften in Höhe von 357 Mill. Euro sowie durch direkt gezahlte Leistungen an Arbeitsuchende in Höhe von 53 Mill. Euro.

Die sonstigen sozialen Leistungen, zu denen neben den Ausgaben für Seniorenbetreuung und 1-Euro-Jobs u.a. Zahlungen nach dem SED-Unrechtsbereinigungsgesetz sowie dem Berufsrehabilitationsgesetz gehören, betragen 24 Mill. Euro, 3 Mill. Euro mehr als im Jahr 2004.

Trotz ihres, für die Verbesserung der Infrastruktur dringend notwendigen, hohen Investitionsbedarfes waren die Thüringer Kommunen auch im Jahr 2005 gezwungen ihre **Mittel für Investitionen** sparsam einzusetzen.

Wie aus Tabelle 5 ersichtlich, setzte sich der Trend der vergangenen Jahre auch im Jahr 2005 mit einem weiteren Rückgang der Ausgaben im investiven Bereich fort.

Die Ausgaben für Baumaßnahmen sanken um 107 Mill. Euro oder 17,0 Prozent auf insgesamt 521 Mill. Euro, die Ausgaben für den Erwerb von Sachvermögen stiegen dagegen um knapp 2 Mill. Euro (+ 2 Prozent) auf 90 Mill. Euro an.

In den einzelnen Gebietskörperschaftsgruppen stellt sich die Entwicklung zum Vorjahr ähnlich dar.

Die Ausgaben für Sachinvestitionen sanken in den sechs kreisfreien Städten um 18 Mill. Euro bzw. 15 Prozent; die Gemeinden einschließlich ihrer Verwaltungsgemeinschaften tätigten Investitionen, die um 80 Mill. Euro (- 17 Prozent) niedriger waren als im Vorjahr und die Landkreisverwaltungen investierten im Jahr 2005 rund 7 Mill. Euro (- 6 Prozent) weniger als vor Jahresfrist.

**Tabelle 5:** Ausgaben für Sachinvestitionen (Mill. Euro)

Merkmal	2003	2004	2005
Baumaßnahmen	686,6	627,7	520,8
Erwerb von Sachvermögen	97,2	88,1	89,7
<b>Sachinvestitionen insgesamt</b>	<b>783,8</b>	<b>715,8</b>	<b>610,5</b>
Veränderung zum Vorjahr %	- 12,0	- 8,7	- 14,7

Die Sachinvestitionsquote (Ausgaben für Sachinvestitionen gemessen an den Gesamtausgaben) lag im

Jahr 2005 bei 15 Prozent (vor 10 Jahren war diese Quote noch doppelt so hoch).

Im Durchschnitt der neuen Bundesländer lag diese Quote ebenfalls bei 15 Prozent (früheres Bundesgebiet = 12 Prozent).

Von den für Baumaßnahmen verausgabten 521 Mill. Euro entfielen zwei Drittel (343 Mill. Euro) auf die kreisangehörigen Gemeinden und Verwaltungsgemeinschaften; die übrigen Mittel auf die Landkreise (84 Mill. Euro) und kreisfreien Städte (94 Mill. Euro). Ein Blick auf einzelne Aufgabenbereiche (Tabelle 6) zeigt, dass mehr als zwei Drittel der gesamten Bauausgaben für Schulen, Straßen, Städteplanung, die Abwasserbeseitigung und das allgemeine Grundvermögen eingesetzt wurden.

Im Vergleich zum Vorjahr sind in allen genannten Aufgabenbereichen bis auf den Bereich „Allgemeines Grundvermögen“ zweistellige Rückgänge bei den Bauinvestitionen festzustellen.

**Tabelle 6:** Ausgaben für Baumaßnahmen der Gemeinden/Gemeindeverbände nach ausgewählten Aufgabenbereichen

Aufgabenbereich	2003		2004		2005		Veränderung 2005 zu 2004 %
	Mill. Euro	Euro je Einw.	Mill. Euro	Euro je Einw.	Mill. Euro	Euro je Einw.	
Schulen	98,9	41	93,3	39	83,5	36	- 10,5
Städteplanung	110,4	46	100,5	43	87,6	37	- 12,8
Straßen	188,2	79	181,4	77	158,6	68	- 12,6
Abwasserbeseitigung	7,5	3	18,5	8	8,3	4	- 55,3
Allgemeines Grundvermögen	61,9	26	35,8	15	33,1	14	- 7,4
<b>Insgesamt</b>	<b>686,6</b>	<b>288</b>	<b>627,7</b>	<b>265</b>	<b>520,8</b>	<b>222</b>	<b>- 17,0</b>

Die **Steuereinnahmen** als wichtigste originäre kommunale Einnahme beliefen sich im Jahr 2005 auf 823 Mill. Euro (351 Euro je Einwohner). Ihr Anteil an den Gesamteinnahmen lag bei 19 Prozent (NBL = 20 Prozent, früheres Bundesgebiet = 39 Prozent).

Die Steuerdeckungsquote (Anteil der Steuereinnahmen an den Gesamtausgaben) erreichte 20 Prozent (NBL = 20 Prozent, früheres Bundesgebiet = 38 Prozent).

Im Vergleich zum Vorjahr stiegen die Steuereinnahmen um 106 Mill. Euro (+ 14,9 Prozent). Die Entwicklung der Steuereinnahmen gegenüber dem Vorjahr verlief zwischen den Kommunen unterschiedlich. Während die sechs kreisfreien Städte mit insgesamt 266 Mill. Euro um 40 Mill. Euro (+ 17,9 Prozent) höhere Steuereinnahmen als 2004 verbuchten, konnten die kreisangehörigen Gemeinden mit insgesamt 557 Mill. Euro über 66 Mill. Euro mehr einnehmen (+ 13,4 Prozent).

Gemessen an den anderen neuen Bundesländern nahm Thüringen bei den Steuereinnahmen je Einwohner mit 351 Euro nach Mecklenburg Vorpommern (332 Euro) den vorletzten Platz ein (NBL = 386 Euro; früheres Bundesgebiet = 777 Euro) und erreichte damit immer noch nicht die Hälfte des Niveaus der alten Bundesländer.

Mit einem Anteil von 42 Prozent an den Steuereinnahmen insgesamt war im Jahr 2005 die Gewerbesteuer (netto; das heißt, nach Abzug der Gewerbesteuerumlage) mit 348 Mill. Euro die ergiebigste Steuerart, (+ 62 Mill. Euro gegenüber dem Vorjahr).

Aus Grundsteuern flossen im Jahr 2005 mit 177 Mill. Euro 6 Mill. Euro mehr als im Vorjahr in die Gemein-

dekassen. Aus dem Gemeindeanteil an der Einkommensteuer nahmen die Gemeinden 223 Mill. Euro ein, 35 Mill. Euro mehr als vor Jahresfrist. Aus dem Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer erhielten die Kommunen Zahlungen in Höhe von 64 Mill. Euro (+ 2 Mill. Euro).

Mit knapp 12 Mill. Euro oder 1,4 Prozent der Steuereinnahmen nehmen sich die sonstigen Steuern und steuerähnlichen Einnahmen, wie Vergnügungssteuer, Hundesteuer, Jagdsteuer usw. dagegen eher gering aus. Im Jahr 2005 nahmen die Thüringer Gemeinden ähnlich wie im Vorjahr 4,7 Mill. Euro an Vergnügungssteuern und 5,2 Mill. Euro an Hundesteuern ein.

**Tabelle 7: Steuereinnahmen der Gemeinden/Gemeindeverbände**

Steuer	2003		2004		2005		Veränderung 2005 zu 2004 %
	Mill. Euro	Euro je Einwohner	Mill. Euro	Euro je Einwohner	Mill. Euro	Euro je Einwohner	
Gemeindeanteil an der Einkommensteuer	199,3	84	187,2	79	222,5	95	+ 18,9
Gewerbsteuer (netto)	217,4	91	285,4	121	347,6	148	+ 21,8
Grundsteuer A + B	167,4	70	170,8	72	177,0	75	+ 3,6
Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer	61,8	26	62,5	26	64,3	27	+ 2,9
Sonstige Steuern und steuerähnliche Einnahmen	10,0	4	10,6	4	11,6	5	+ 9,4
<b>Insgesamt</b>	<b>655,8</b>	<b>275</b>	<b>716,5</b>	<b>303</b>	<b>822,9</b>	<b>351</b>	<b>+ 14,9</b>

Die **Einnahmen aus Verwaltung und Betrieb**, zu denen u.a. neben Gebühreneinnahmen und Abgaben auch die Einnahmen aus Mieten und Pachten, Einnahmen aus Verkauf sowie aus Gewinnanteilen und Konzessionsabgaben zählen, sind mit insgesamt 550 Mill. Euro gegenüber dem Vorjahr nahezu konstant geblieben.

Die Einnahmen aus Benutzungsgebühren und ähnlichen Entgelten sanken im Jahr 2005 um 10 Mill. Euro. Bei den Einnahmen aus Verwaltungsgebühren war ein Anstieg um fast 2 Mill. Euro festzustellen. Die Einnahmen aus Verkauf gingen um knapp 1 Mill. Euro zurück.

Aus Gewinnanteilen von Unternehmen flossen 7 Mill. Euro mehr als im Vorjahr in die Gemeindekassen. Die Einnahmen aus Konzessionsabgaben waren so hoch wie vor Jahresfrist.

Über Mieten und Pachten floss 1 Mill. Euro weniger in die Kassen der Gemeinden.

Die weiteren Finanzeinnahmen, wie Bußgelder, Säumniszuschläge u.ä. stiegen um 2 Mill. Euro auf 22 Mill. Euro.

Aufgrund der Sparzwänge der Kommunen war auch ein weiterer Tritt auf die „Schuldenbremse“ unerläss-

**Tabelle 8: Einnahmen aus Verwaltung und Betrieb der Gemeinden/Gemeindeverbände**

Steuer	2003		2004		2005		Veränderung 2005 zu 2004 %
	Mill. Euro	Euro je Einwohner	Mill. Euro	Euro je Einwohner	Mill. Euro	Euro je Einwohner	
Gebühren, sonstige Entgelte	291,8	122	286,1	121	278,8	119	- 2,6
Übrige Verwaltungs- und Betriebseinnahmen	163,0	68	163,1	69	163,5	70	0,2
Gewinnanteile, Konzessionsabgaben	109,6	46	100,7	43	107,9	46	7,1
<b>Insgesamt</b>	<b>564,4</b>	<b>237</b>	<b>549,9</b>	<b>233</b>	<b>550,1</b>	<b>235</b>	<b>0</b>

lich, was sich deutlich an der Entwicklung der Nettokreditaufnahme (Schuldenaufnahme am Kreditmarkt minus Schuldentilgung am Kreditmarkt) zeigt.

Ausgehend von einer Nettokreditaufnahme von 657 Mill. Euro im Jahr 1993 konnte diese kontinuierlich bis 1998 auf 52 Mill. Euro gesenkt werden. Seit 1999 liegen die Tilgungsraten über der Neuaufnahme von Krediten. War es im Jahr 1999 eine Mill. Euro, wurden 2005 durch die Thüringer Kommunen bereits 81 Mill. Euro mehr getilgt als neue Schulden aufgenommen wurden.

Der **Schuldenstand** belief sich im Jahr 2005 auf 2 823 Mill. Euro und entsprach damit einer Pro-Kopf-Verschuldung von 1 204 Euro.

Die kreisfreien Städte hatten Ende 2005 einen Schuldenstand von 587 Mill. Euro (1 046 Euro je Einwohner), die kreisangehörigen Gemeinden (einschließlich Verwaltungsgemeinschaften) 1 607 Mill. Euro und die Landkreisverwaltungen waren mit 630 Mill. Euro verschuldet.

Je Einwohner ergibt sich für die kreisangehörigen Gemeinden bzw. für die Landkreise, unter Zugrunde-

**Tabelle 9: Schulden der Gemeinden/Gemeindeverbände**

Schulden	2003		2004		2005		Veränderung 2005 zu 2004 %
	Mill. Euro	Euro je Einwohner	Mill. Euro	Euro je Einwohner	Mill. Euro	Euro je Einwohner	
Schuldenaufnahme am Kreditmarkt	433	182	227	96	243	104	7,3
Schuldentilgung am Kreditmarkt	459	193	267	113	324	138	21,6
Schuldenstand am 31.12.	2 939	1 233	2 900	1 226	2 823	1 204	- 2,6
<b>Kassenkredite</b>	<b>99</b>	<b>42</b>	<b>78</b>	<b>33</b>	<b>82</b>	<b>35</b>	<b>4,6</b>

legung der gleichen Bevölkerungszahl, eine Pro-Kopf-Verschuldung von 901 Euro bzw. 353 Euro.

Ein Vergleich der Pro-Kopf-Verschuldung der Thüringer Gemeinden/GV mit der der anderen neuen Bundesländer zeigt, dass nicht mehr die Thüringer Gemeinden wie noch 1999 die am höchsten verschuldeten waren, sondern die Gemeinden von Mecklenburg-Vorpommern (1 363 Euro) vor den Gemeinden aus Sachsen-Anhalt (1 334 Euro).

Danach folgen die Thüringer (1 204 Euro) und dann die Sächsischen Gemeinden (1 177 Euro).

Die Gemeinden Brandenburgs waren am Jahresende mit 663 Euro pro Einwohner verschuldet.

Zusätzlich mussten die Gemeinden und Gemeindeverbände zur Überbrückung von Liquiditätsschwierigkeiten Kassenkredite in Höhe von 82 Mill. Euro in Anspruch nehmen, 4 Mill. Euro bzw. 5 Prozent mehr als im Vorjahr.

Die kreisfreien Städte benötigten davon 17 Mill. Euro und damit ein Viertel weniger als 2004.

Die kreisangehörigen Gemeinden und Verwaltungsgemeinschaften nahmen wie im Vorjahr 33 Mill. Euro in Anspruch.

Die Landkreisverwaltungen haben mit 32 Mill. Euro 4 Mill. Euro mehr beansprucht als vor Jahresfrist.

Angesichts der noch relativ geringen eigenen Einnahmen der Kommunen nehmen die **Landeszuweisungen** nach wie vor einen besonderen Stellenwert ein.

Besonders wichtig für die Gemeinden und Gemeindeverbände sind die Zahlungen der Schlüsselzuweisungen im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs sowie die Investitionszuweisungen. Im Jahr 2005 erhielten die Thüringer Kommunen Zuweisungen

und Zuschüsse für laufende und investive Zwecke vom Land in Höhe von insgesamt 2 595 Mill. Euro. Das waren 60 Prozent ihrer Gesamteinnahmen.

Die an die Gemeinden gezahlten Schlüsselzuweisungen vom Land bildeten mit 1 067 Mill. Euro den größten Posten dieser Zuweisungen. Hier war ein Rückgang zum Vorjahr um 3 Prozent festzustellen. Die für die Gemeindeinvestitionen sehr wichtigen Investitionszuweisungen vom Land sanken im Jahr 2005 auf insgesamt 438 Mill. Euro und lagen damit um 20 Prozent oder 110 Mill. Euro unter dem Vorjahresbetrag.

Im Jahr 2005 wurden erstmals 306 Mill. Euro als aufgabenbezogene Leistungsbeteiligung des Landes im Rahmen von Hartz IV an die Gemeinden und Gemeindeverbände gezahlt.

Weitere 784 Mill. Euro wurden als Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke, Ersätze zum Fami-

**Tabelle 10:** Zuweisungen und Zuschüsse des Landes an Gemeinden/Gemeindeverbände

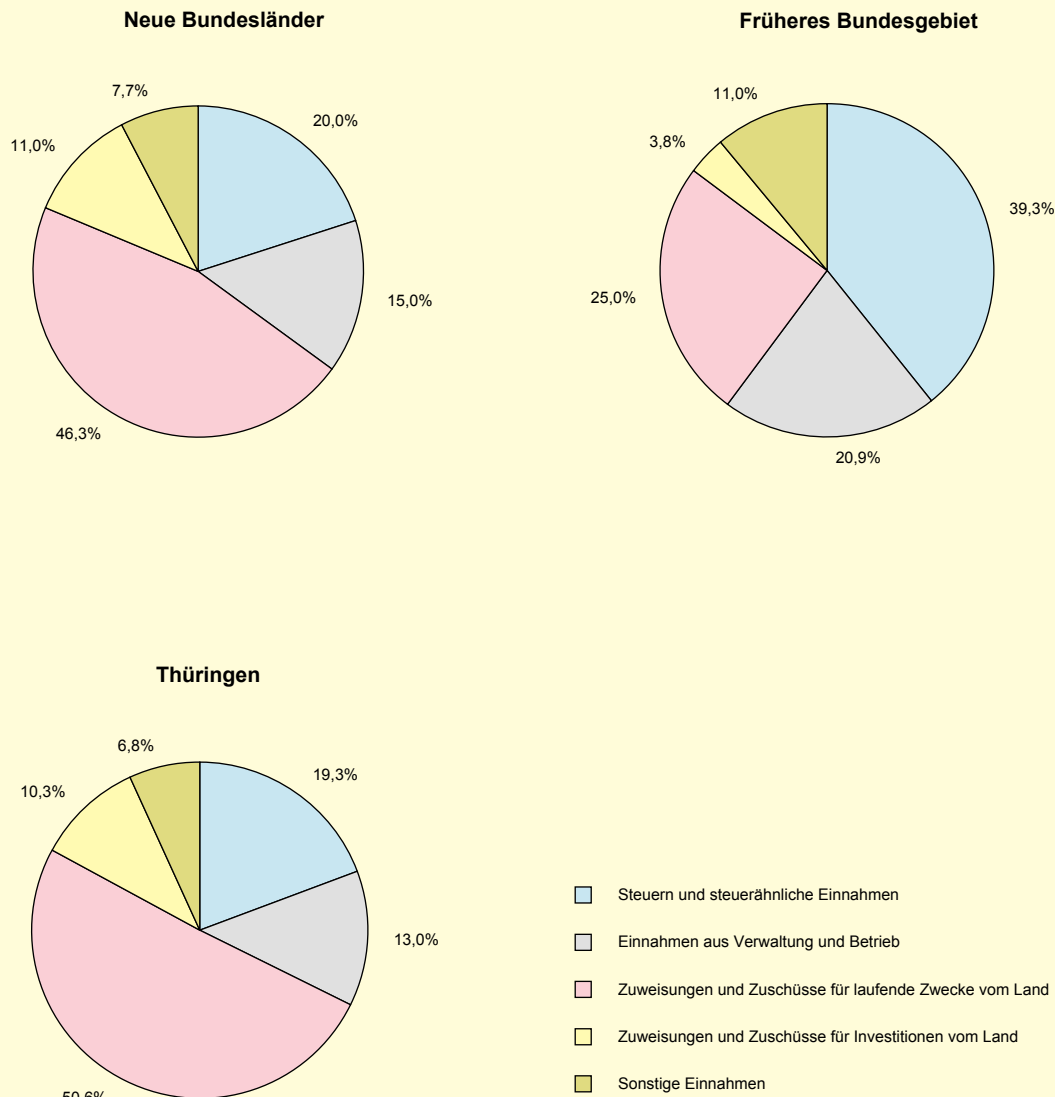
Merkmal	2003		2004		2005		Veränderung 2005 zu 2004 %
	Mill. Euro	Euro je Einwohner	Mill. Euro	Euro je Einwohner	Mill. Euro	Euro je Einwohner	
Laufende Zuweisungen und Zuschüsse vom Land darunter:	1 894	795	2 015	852	2 157	920	7,1
Schlüsselzuweisungen	1 137	477	1 100	465	1 067	455	- 3,0
Aufgabenbezogene Leistungsbeteiligung im Rahmen von Hartz IV	-	-	-	-	306	131	x
Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen vom Land	506	212	548	232	438	187	- 20,1
<b>Insgesamt</b>	<b>2 400</b>	<b>1 007</b>	<b>2 563</b>	<b>1 084</b>	<b>2 595</b>	<b>1 107</b>	<b>1,3</b>

lienleistungsausgleich, Erstattungen von Ausgaben des Verwaltungshaushalts, Bedarfszuweisungen bzw. als sonstige allgemeine Zuweisungen geleistet.

Wie in Tabelle 10 dargestellt, kommen in Thüringen 61 Prozent der gemeindlichen Einnahmen aus Landeszuweisungen. Im Durchschnitt der neuen Bundesländer liegt dieser Anteil bei 57 Prozent, in den Län-

dern des früheren Bundesgebietes entfallen nur 29 Prozent auf diese Einnahmequelle. Wesentliche Einnahmequelle der Gemeinden in den Ländern des früheren Bundesgebietes sind die Einnahmen aus Steuern und steuerähnlichen Einnahmen (39 Prozent der Gesamteinnahmen), die in den neuen Bundesländern noch eine deutlich geringere Rolle spielen (20 Prozent der Gesamteinnahmen; in Thüringen 19 Prozent).

## Gesamteinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände 2005 <sup>1)</sup>



Quelle: Statistisches Bundesamt

Angesichts dieser Tatsache kann abschließend gesagt werden, dass trotz der allmählich aber stetig

wachsenden Steuerkraft den Finanztransfers des Landes an die Kommunen nach wie vor eine große Bedeutung zukommt.



**Tabelle 11:** Ausgaben und Einnahmen nach Gebietskörperschaftsgruppen

Ausgabe- und Einnahmearten	Gemeinden und Gemeindeverbände			Davon								
				kreisfreie Städte			kreisangehörige Gemeinden einschließlich Verwaltungsgemeinschaften			Landkreise		
	2004	2005	Veränderung 2005 gegenüber 2004	2004	2005	Veränderung 2005 gegenüber 2004	2004	2005	Veränderung 2005 gegenüber 2004	2004	2005	Veränderung 2005 gegenüber 2004
	Mill. Euro		%	Mill. Euro		%	Mill. Euro		%	Mill. Euro		%
Personalausgaben	1 154	1 115	- 3,4	291	278	- 4,6	527	499	- 5,2	336	338	0,6
Laufender Sachaufwand	749	737	- 1,6	186	180	- 3,3	300	294	- 2,1	263	263	0,2
Soziale Leistungen	709	959	35,2	224	290	29,4	3	2	- 25,9	482	666	38,3
Zinsausgaben	145	138	- 5,0	30	29	- 3,1	81	76	- 6,0	34	33	- 4,2
Sachinvestitionen	716	610	- 14,7	126	108	- 14,7	466	386	- 17,1	124	117	- 5,9
Sonstige Ausgaben	986	943	- 4,4	235	231	- 2,0	606	587	- 3,2	144	125	- 13,1
Abzüglich Zahlungen von gleicher Ebene	419	434	3,7	9	8	- 17,0	92	91	- 0,8	318	336	5,6
<b>Gesamtausgaben <sup>1)</sup></b>	<b>4 040</b>	<b>4 068</b>	<b>0,7</b>	<b>1 084</b>	<b>1 108</b>	<b>2,2</b>	<b>1 890</b>	<b>1 753</b>	<b>- 7,3</b>	<b>1 065</b>	<b>1 207</b>	<b>13,3</b>
Steuern und steuerähnliche Einnahmen (netto)	717	823	14,9	226	266	17,9	491	557	13,4	-	-	-
Laufende Zuweisungen und Zuschüsse vom Land	2 015	2 157	7,1	516	579	12,1	735	689	- 6,3	764	890	16,5
davon												
Schlüsselzuweisungen	1 100	1 067	- 3,0	250	245	- 1,9	579	556	- 3,9	271	266	- 1,9
Bedarfs- und sonstige allgemeine Zuweisungen	194	403	107,8	56	116	106,9	84	72	- 13,6	54	215	296,8
Erstattungen und laufende Zuweisungen	721	687	- 4,8	210	217	3,5	72	60	- 16,7	439	409	- 6,7
Einnahmen aus Verwaltung und Betrieb	550	550	0	141	140	- 0,8	270	275	1,9	138	134	- 2,8
Zuweisungen für Investitionen vom Land	548	438	- 20,1	122	106	- 13,0	300	242	- 19,5	126	90	- 28,2
Sonstige Einnahmen	773	760	- 1,7	100	94	- 6,3	241	212	- 11,8	432	454	5,1
Abzüglich Zahlungen von gleicher Ebene	419	434	3,7	9	8	- 17,0	92	91	- 0,8	318	336	5,6
<b>Gesamteinnahmen <sup>1)</sup></b>	<b>4 183</b>	<b>4 294</b>	<b>2,6</b>	<b>1 096</b>	<b>1 177</b>	<b>7,4</b>	<b>1 945</b>	<b>1 884</b>	<b>- 3,1</b>	<b>1 142</b>	<b>1 233</b>	<b>7,9</b>
Finanzierungssaldo	143	226	x	11	69	x	55	131	x	77	26	x
Schuldenaufnahme <sup>2)</sup> am Kreditmarkt	227	243	7,3	40	54	36,1	148	129	- 12,5	39	60	52,8
Schuldentilgung <sup>2)</sup> am Kreditmarkt	267	324	21,6	43	65	51,1	160	186	15,8	64	74	16,3
Schuldenstand am 31.12. <sup>2)</sup>	2 900	2 823	- 2,7	597	587	- 1,7	1 658	1 607	- 3,1	645	630	- 2,3

1) ohne haushaltstechnische Verrechnungen, ohne besondere Finanzierungsvorgänge und bereinigt um Zahlungen von gleicher Ebene  
2) Ergebnis nach der jährlichen Schuldenstatistik